

20.04.2023

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/629

Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen, so selbstverständlich wie Toilettenpapier – das Land muss diese sinnvolle Maßnahme fördern!

Berichterstatlerin

Abgeordnete Britta Oellers

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/629 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 20.04.2023/Ausgegeben: 27.04.2023

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag, Drucksache 18/629, wurde durch das Plenum am 31.08.2022 zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen.

Die abschließende Beratung und Abstimmung im Plenum sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen, § 82 Abs. 2 lit. b) GO LT.

B Beratung

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat am 9. Februar 2023 ein Fachgespräch mit Gästen zu diesem Antrag durchgeführt. Das Fachgespräch ist im Ausschussprotokoll 18/166 dokumentiert.

Von der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP wurde ein Änderungsantrag eingereicht, der mit der Drucksache 18/3518 veröffentlicht wurde.

Eine Auswertung des Fachgesprächs erfolgte in der 7. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 16. März 2023.

Frau Butschkau MdL von der Fraktion der SPD erläuterte, dass Frauen so sozialisiert worden seien, die weibliche Periode als Privatthema anzusehen. Frauen würden durch die Menstruation jedoch Benachteiligungen erleiden, was auch in der eingegangenen Stellungnahme verdeutlicht geworden sei. Diese Ungerechtigkeit müsse durchbrochen werden. Kostenfreie Menstruationsartikel müssten zu einer Selbstverständlichkeit auf öffentlichen Toiletten werden. Die von den sachverständigen Gästen beschriebenen Pilotprojekte seien alle positiv verlaufen. Es habe eine hohe Akzeptanz unter den Nutzerinnen und bei den teilnehmenden Institutionen gegeben.

Frau Müller-Rech MdL von der Fraktion der FDP bezeichnete das Fachgespräch als interessant und aufschlussreich. In den Kommunen seien die ersten Schritte erfolgt. Diese Vorreiterrollen seien positiv zu bewerten. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Frau Butschkau MdL und unter Hinweis auf den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP wies Frau Müller-Rech MdL auf den Umstand hin, dass sich unterschiedliche Fraktionen in vielen Kommunen bereits des Themas angenommen hätten.

Frau Troles MdL von der Fraktion der CDU verwies auf die vielen Kommunen, die bereits entsprechende Maßnahmen umsetzen würden, indem sie kostenfrei Menstruationsartikel anböten. Es stelle sich die Frage, ob die geforderten Landesmittel dann auch diesen Kommunen zur Verfügung gestellt werden würden. Es handele sich um ein wichtiges Thema, dem Antrag könne die Fraktion der CDU jedoch in dieser Form nicht zustimmen.

Frau Bostancieri MdL von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte die Erleichterung für Schülerinnen und Studentinnen, die durch die ersten Maßnahmen in den Kommunen hervorgerufen worden sei. Das Thema werde in den Kommunen aber sehr unterschiedlich diskutiert. Es stelle sich die Frage, ob hier tatsächlich Handlungsbedarf auf Landesebene bestehe oder ob das Thema eher weiterhin in den Kommunen behandelt werden sollte. Darüber hinaus stelle sich die Frage nach der Finanzierung.

Frau Seli-Zacharias MdL von der Fraktion der AfD betonte, dass im Rahmen des Fachgesprächs interessante Hinweise aus der Praxis gegeben worden seien, beispielsweise auf das Erfordernis der Anpassung von Rahmenverträgen mit den jeweiligen Reinigungsunternehmen durch die jeweiligen Institutionen. Es sei weiterhin deutlich geworden, dass der konkrete Ort der Ausgabe der Menstruationsartikel eine nicht unerhebliche Rolle spiele. Die Kommunen seien allerdings vor dem Hintergrund der Größenordnung der Kosten nach Einschätzung der Fraktion der AfD nicht auf Landesmittel angewiesen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/198 verwiesen.

Der Änderungsantrag, Drucksache 18/3518, wurde im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 20. April 2023 (Ausschussprotokoll 18/225) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

Über den Antrag, Drucksache 18/629, wurde im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen ebenfalls am 20. April 2023 (Ausschussprotokoll 18/225) abgestimmt. Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

C Ergebnis

Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/629, abzulehnen.

Britta Oellers
Vorsitzende